

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch  
11. März 1925

Berlin und Umgebungsteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH  
Berlin SW. 65, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Friedrich Eberts letzte Feststellungen.

### Verlesung seiner nachgelassenen Niederschrift im Magdeburger Prozeß.

F. Kl. Magdeburg, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Friedrich Ebert, das Opfer nationalistischer Verleumdungsjagd, ist tot. Aber trotzdem beherrschte er heute die Gerichtsverhandlung in Magdeburg. Der Vorsitzende verlas heute eine Reihe von Reden, die Ebert während des Krieges im Reichstag und anderweitig gehalten hat. Sie ließen eine Reihe von Belegen dafür, daß Eberts Haltung zur Landesverteidigung nie geschwankt hat. Dann aber kam Eberts letzte Zeugenaussage. Er hat sie dem Gericht nicht mehr selbst vortragen können, sondern sie schriftlich diktiert, in seinem Schreibstisch lagern lassen müssen, bis der Tod ihn hinwegraffte. Diese Aufzeichnungen wurden als solche durch Ministerialrat Döhle aus dem Bureau des Reichspräsidenten vor dem Gericht aktenkundig gemacht. Sie sind eine ruhige und überlegene Abwehr der auf Grund kommunistischer und nationalistischer Zeugenaussagen vor dem Schöffengericht konstruierten Anklage des Landesverrats.

General Gröner, der frühere Chef des Kriegsamtes und spätere Generalquartiermeister, legte wie im ersten Prozeß auch heute wieder Zeugnis ab für die Reinheit der Gesinnung und die Unbeirrbarkeit der Ueberzeugung Eberts in bezug auf die Landesverteidigung und Genosse David, einer der engsten Mitarbeiter Eberts während der ganzen Kriegszeit, schilderte in chronologischer Darstellung dem Gericht die Geschichte der Stellung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung.

B. S. Magdeburg, den 11. März.

Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages wurden noch einzelne Reden des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Ebert im Hauptauschuß und im Plenum des Reichstages verlesen. Diese Verlesungen sind notwendig, da bekanntlich die Gesamteinsetzung des verstorbenen Reichspräsidenten gemüßigt werden soll. — Dann begann die erste Zeugenernehmung. Zu heute sind die Minister a. D. Gröner und Dr. David sowie Ministerialrat Dr. Döhle und der Abgeordnete Furtenbacher geladen und zuerst wurde Dr. Döhle gehört.

Vorl.: Am 14. Februar sollte der Reichspräsident gerichtlich vernommen werden, doch mußte wegen seiner Erkrankung die Vernehmung verschoben werden. Zu dieser Vernehmung hat sich der Reichspräsident offenbar vorbereitet.

Zeuge: Das ist nicht ganz richtig, da der Reichspräsident nicht mit Rücksicht auf die Krankheit, sondern auf die Vertagung des Prozesses eine spätere Vernehmung erbeten hatte. Die schwerste Arbeit im Reichspräsidentenbureau sei die der Verteidigung gewesen und ich kann erklären, daß der verstorbenen Reichspräsident sich nur mit den wichtigsten Fällen von Verleumdungen befaßt hat. Der Rothardt-Prozeß war der 143. Verleumdungsprozeß. Als das Urteil der ersten Instanz vorlag, war der Herr Reichspräsident außerordentlich empört, da vieles, seiner Ansicht nach, ganz falsch und einseitig dargestellt worden sei. Vier Punkte beschäftigten ihn besonders, erstens, daß der Reichspräsident durch seinen Eintritt in die Streitleitung der Wehrmacht einen Schaden zugefügt habe.

Vorl.: (unterbrechend): Herr Ministerialrat, ein Plädoyer über das Urteil kann ich nicht zulassen.

Zeuge: Die Schlussfolgerung, daß der Herr Reichspräsident durch seinen Eintritt in die Streitleitung der Wehrmacht einen Schaden zugefügt hat, wurde vom Herrn Reichspräsidenten stets als unlogisch bezeichnet und er war über die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen waren, ganz besonders empört. Der Herr Reichspräsident, der fast täglich beim Vortrag über den Magdeburger Prozeß sprach, erklärte wiederholt, es sei vollkommen ausgeschlossen, daß er bei der bekannten Zusammenkunft der Streitleitung in Treptow zugegen gewesen sei, in der das Flugblatt beschlossen wurde, das zum Ausscharen im Streik aufforderte. Der Herr Reichspräsident hat stets sehr logisch und klar gedacht und mit offenem Willen hielt er an seiner Erkenntnis fest. Deshalb schloß es ihm auch immer wieder unglaublich, daß er an jener Sitzung teilgenommen, oder, daß er in Treptow die Arbeiter zum Weiterstreiken aufgefordert haben sollte. Noch am Tage vor seiner Operation hat er mir ausdrücklich erklärt, daß er niemals die Rüstungsarbeiter zum Ausscharen im Streik aufgefordert habe. Der Zweck seiner Rede sei gerade gewesen, die Streikluft zu dämpfen und so die Beilegung des Streiks vorzubereiten.

Ich habe mir von den Äußerungen des Herrn Reichspräsidenten stets Notizen gemacht und habe dann später einen ersten Entwurf angefertigt, der mit dem Herrn Reichspräsidenten mit Randbemerkungen versehen und der auch von den Vertretern des Herrn Reichspräsidenten, den Rechtsanwältin Wolfgang Heine und Dr. Landsberg durchgesehen wurde. Dieses Schriftstück wollte der Herr Reichspräsident nach seiner Aussage am 14. Februar dem Gericht überreichen.

Vorl.: Auf diese Weise ist wohl auch die erste Aussage des Herrn Reichspräsidenten zustande gekommen?

Zeuge: Jawohl.

### Die Aussage Friedrich Eberts.

Ministerialrat Dr. Döhle überreichte dann dem Gericht das Dokument und der Vorsitzende verlas die sehr ausführliche Darstellung des Reichspräsidenten die folgenden Wortlaut hat:

Ich beziehe mich auf meine Aussagen in erster Instanz und lenke die Aufmerksamkeit des Gerichts ferner auf meine und der anderen Zeugenaussagen in dem Verleumdungsprozeß Genßler. Abschriften der letzteren überreichte ich hermit. Gegenüber den Ausführungen des schlußfälligen Urteils

betone ich nochmals mit größter Bestimmtheit, daß ich nach meiner ganzen persönlichen und politischen Einstellung während des ganzen Krieges auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden und in diesem Sinne gehandelt habe. Diese meine grundsätzliche Einstellung schließt jeden Zweifel über mein Verhalten während des Januarstreikes aus. Ich lege noch einen Zeitungsbericht über eine Rede vor, die ich im Januar 1917 in Berlin im Lehrerseminar am Alexanderplatz gehalten habe. Ich habe damals über die Einstellung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung gesagt:

Wir Sozialdemokraten werden auch künftig zu der Politik stehen, die wir in unserer Erklärung vom 4. August 1914 bekräftigt haben. Wir stehen zur Verteidigung unseres Landes, bis die Sicherung desselben erreicht ist, und die Gegner zum Frieden bereit sind. Darin lassen wir uns nicht beirren, denn so fürchterlich der Krieg ist, noch fürchterlicher ist eine Niederlage.

Was den Januarstreik 1918 anlangt, so erkläre ich nochmals, daß ich mit meinem ganzen Willen gegen ihn war und mit keinem Ausbruch nicht das Geringste zu tun hatte. Daß ich einzelne Forderungen der Streikenden für berechtigt hielt, beweist nicht, daß ich auch den Streik für sie billigte. Das Gegenteil war der Fall und folgt, wie ich nochmals wiederhole, aus der Tatsache, daß ich grundsätzlicher Gegner von Streiks der Rüstungsindustrie im Kriege

war. Berechtigte Forderungen der Arbeiter sollten auf dem Wege der Verhandlungen und des Schlichtungsverfahrens und, wenn nötig, durch Anrufung der zuständigen Regierungsstellen zwecks Intervention verfolgt werden. Ich weise hierbei auf das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 hin, das gerade für die Betriebe der Kriegsindustrie ein besonderes Schlichtungsverfahren eingeführt hat, das Störungen der Betriebe im Falle von Streiks über die Arbeitsbedingungen vorbeugen sollte. An dem Zustandekommen dieses Gesetzes habe ich hervorragend mitgewirkt.

Da der Streik ohne mein oder meiner Partei Zutun ausgebrochen war, widerstrebte mir zunächst jede Einmischung. Erst die dringlichen Vorstellungen von zahlreichen unserer Parteimitglieder aus den verschiedensten Betrieben — gegen Mittag stand eine ganze Versammlung solcher Delegierter vor uns, deren Wortführer erklärte, die Leitung des Streiks dürfe gerade im Interesse der Landesverteidigung nicht den radikalen Elementen überlassen werden —, brachten den Parteivorstand und mich zu der Erkenntnis, daß das Interesse der Landesverteidigung unseren Zutritt zum Streik ausschloß zu dem Zwecke, den Streik möglichst schnell auf dem Verhandlungswege beizulegen, damit nicht eine Verbitterung in der Arbeiterschaft zurück-

bliebe, die über kurz oder lang zu neuen gefährlicheren Ausbrüchen führte. Diese Auffassung hatte ich heute noch für richtig.

Ich bin überzeugt, daß eine Beilegung des Streiks, so wie wir sie damals anstrebten, in zwei oder drei Tagen möglich gewesen wäre, wenn die Regierung der Situation Verständnis entgegengebracht hätte.

Wäre man am Dienstag unter Ausschließung aller Formalitäten zu Verhandlungen gekommen und hätte die Reichsleitung ersten Willen zur Beruhigung der Arbeiter gezeigt, so wäre die Arbeit gewiß am Donnerstag aufgenommen worden. Dafür spricht der Gang des Streiks in anderen Städten. Nach meiner Erinnerung ist damals in einer Anzahl von Städten gestreikt worden, überall ist aber der Streik nach zwei oder drei Tagen beendet gewesen. Meistens haben die Generalkommandos den Streikenden Gelegenheit zu Vermittlungen und zur Aussprache gegeben. Vielfach haben die Behörden mit ihren Vertretern verhandelt. In Köln gingen nach Verhandlungen mit den Arbeiterdelegierten der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister in die Versammlung der Streikenden und ergriffen dort das Wort. Auch in München konnte der Streik in wenigen Tagen beigelegt werden, infolge der vermittelnden Haltung des Ministerpräsidenten Dandl, der übrigens, wie in meiner früheren Aussage unter Hinweis auf das amtliche Stenogramm erwähnt, den Sozialdemokraten in der Kammer gedankt hat, daß sie sich der Bewegung angenommen haben.

Wenn in Berlin der Streik nicht gleich ruhig verlief, so lag das an dem formalistischen Verhalten der Regierung und des Oberbefehlshabers in den Marken. Den Vorstand der SPD. und mich insbesondere trifft dafür keine Verantwortung. Wir haben alles getan, um die Verschärfung der Situation zu verhindern.

Ich trat also auf Beschluß des Parteivorstandes der Streikleitung bei, in der ersten und bestimmten Absicht, den Streik möglichst schnell und so beizulegen, daß einem neuen Ausbruch vorgebeugt würde. Daß ich dabei die Verlesung gehabt hätte, der Kriegsmacht des Deutschen Reichs Schaden zuzufügen, ist eine Unterstellung, die mit allen Tatsachen in Widerspruch steht; ich weise sie mit Entschiedenheit zurück. Es ist mir unbegreiflich, wie das Schöffengericht zu dieser Annahme gelangen konnte, insbesondere wie es sie aus der Tatsache glaubt folgern zu können, daß ich die Schädlichkeit derartiger Streiks einsehend, Gerade diese Einsicht in Verbindung mit den Vorstellungen der Delegierten hat mich ja zu dem Entschluß gebracht, das in meinen Kräften Stehende zu tun, um durch schnelle Beilegung der Streiks den Schaden abzumildern. An diesem Entschluß habe ich auch konsequent festgehalten und während

## Vereidigung Dr. Simons im Reichstag

### Krach im Loebell-Ausschuß.

Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Walter Simons ist heute in Berlin eingetroffen.

Seine Verteidigung findet morgen, Donnerstag, mittags 12 Uhr, in einer besonderen Sitzung des Reichstages statt.

Dr. Simons wird unmittelbar nach der Vereidigung sein Amt antreten.

### Rebellion im Loebell-Ausschuß.

#### Wie ihre Einigkeit aussieht.

Heute vormittag ist der Loebell-Ausschuß zusammengetreten, wie es heißt, um endgültig Herrn Jarres als Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Die Rechtspresse hat bisher sich bemüht, den Eindruck hervorzurufen, als habe die vollste Einmütigkeit in diesem Ausschuß bestanden, und als habe man mit der offiziellen Nominierung von Jarres nur bis nach der letzten Entscheidung des Zentrums gewartet.

Jetzt stellt sich heraus, daß man in diesem Ausschuß alles andere, nur nicht, einig gewesen ist. Der Jungdeutsche Orden, der in diesem Ausschuß vertreten ist, rebelliert öffentlich gegen die Kandidatur Jarres. Er stellt der Rechtspresse folgende Erklärung zu:

Nachdem weite Kreise und große überparteiliche Organisationen gegen eine Kandidatur des Dr. Jarres entschieden Stellung genommen haben, kann nicht mehr von ihm als Sammellandidat die Rede sein. In den großen überparteilichen vaterländischen Verbänden, die über viele Millionen Mitglieder verfügen, sieht man den für alle aufbauenden Volksteile geeigneten Sammellandidaten in General von Seeck. Gegenüber den bisher genannten parlamentarischen Parteilandidaturen bietet General von Seeck jedem Deutschen, auch ausgesprochen republikanischen Kreisen, die Gewähr der Ueberparteilichkeit und des treuesten sachlichen Dienstes am deutschen Volke.

Die Einigkeit der im Loebell-Ausschuß vertretenen Verbände für Jarres sieht demnach so aus: es gibt drei Grade der Begeisterung für Jarres. Erster Grad: die Deutsche Volkspartei. Jarres ist ihr Mann, im Grunde ihr Parteikandidat. Ihr Wille für Jarres ist echt. Zweiter Grad: die Deutschnationalen. Sie nehmen Jarres als Notbehelf mit einem lachenden und einem weinenden Auge hin. Begeisterung mäßig. Dritter Grad: Jungdeutscher Orden und was damit zusammenhängt. Offener Bräust, Begeisterung negativ.

Herr Jarres ist also der protestierte Sammellandidat der Rechten.

### Jarres noch nicht nominiert.

Der unter Vorsitz des Herrn von Loebell gebildete Ausschuß der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung sowie der in Betracht kommenden Organisationen hat heute mit Vertretern der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei über eine etwaige gemeinsame Kandidatur der im Ausschuß vertretenen Parteien und Organisationen sowie des Zentrums und der Demokraten beraten.

Von den im Ausschuß vertretenen Parteien und Organisationen wurde den Vertretern des Zentrums und der Demokraten erklärt, daß der im Ausschuß vorbereitete Vorschlag einer Kandidatur Jarres aufrechterhalten werde. Sollte aber der Parteiausschuß des Zentrums, wie die Deutsche Demokratische Partei es bereits getan hat, sich für eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur entschließen und auf eine eigene Kandidatur verzichten, so soll sofort in weitere Beratungen eingetreten werden. Die Entscheidung des Zentrums wird heute nachmittag dem Ausschuß, der dann zu weiteren Beratungen zusammentritt, mitgeteilt werden.

### Die Eisenbahner vor der Entscheidung.

Der heute morgen um 10 Uhr zusammengetretene erweiterte Beirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm zunächst ein Referat des Verbandsvorsitzenden Scheffel über die Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion entgegen. Obwohl das argwöhnische Ergebnis der Verhandlungen den Teilnehmern der Konferenz bereits bekannt war und in den meisten Bezirken der anwesenden Bezirksleiter die Streikbewegung bereits im Gange ist, liefen die detaillierten Ausführungen Scheffels doch den großen Anwillen über das provokatorische Verhalten der Generaldirektion hervor. Die abschließend gegebenen Berichte der Bezirksleiter zeigten im allgemeinen das gleiche Bild von der Bewegung, das wir unseren Lesern bereits in den täglichen Berichten des „Vorwärts“ geben konnten. Die Konferenz tagte bei Schluß der Redaktion weiter, ein Erg. ist vor heute Abend nicht zu erwarten.

der ganzen Streikdauer, ohne irgendwie in meiner Einstellung zu schwanken, stets aus dem Beweggrund, in der Absicht, in der Vorbereitung und zu dem Zwecke gehandelt, den Streik in der bezeichneten Art beizulegen und den Schaden von der Landesverteidigung abzuwenden. Ich muß darauf hinweisen, daß für die gegenseitigen Feststellungen des Schöffengerichts, ich hätte den Streik stützen und stärken wollen und insbesondere mit gehalten, das Flugblatt vom 30. Januar abzufassen, nicht der Schatt eines Beweises erbracht ist. Auf das Flugblatt werde ich noch zu sprechen kommen.

#### Ueber meine Einstellung bestand auch in der Streikleitung keinerlei Zweifel.

Es hatte allerdings keinen Zweck, sie dort besonders zu betonen, denn die Mitglieder der Streikleitung gehörten überwiegend zu den Organisatoren des Streiks. Unser Bestreben ging deshalb dahin, unsere Auffassung und Absichten vor der Delegiertenversammlung der Streikenden zur Geltung zu bringen. Hierzu ist es wegen des Versammlungsverbotes nicht gekommen.

Im übrigen mußte ich zwecks Beflegung des Streiks vor allem allerlei tun, Verbindungen mit der Regierung aufnehmen und die Streikenden nach Möglichkeit beruhigen. Von Dienstag, dem 29. Januar, bis Sonntag, dem 2. Februar, wurde unausgesetzt mit Regierungsstellen, insbesondere mit Staatssekretär Wallraf und der Reichsanzelei verhandelt, um einen Weg zur Beflegung des Streiks zu finden. Ich persönlich habe darüber eingehend mit dem Bischof von Paderborn gesprochen. Dabei habe ich keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich Gegner des Streiks war und keine schnelle Beflegung auf dem Verhandlungswege anstrebte, um nicht noch mehr bei den Arbeitern Verständnis und Willen zur Landesverteidigung wecken zu lassen und der Agitation der radikalen Elemente die Wege zu ebnen. Auch mit Professor Alfred Weber, der damals in Reichshausamts unter dem Staatssekretär Graf Rüdern arbeitete, hatte ich eine ähnliche Aussprache.

#### Meine Rede im Treptower Park

diente dem gleichen Bestreben. Das Oberkommando in den Marken hatte jede geordnete Versammlungsmöglichkeit unterbunden. Der „Vorwärts“ war verboten, das Gewerkschaftshaus geschlossen, selbst die darin befindlichen Gewerkschaftsbüros mußten geräumt werden. Die Streikenden sind geradezu auf die Straße gedrängt worden. Um so mehr glaubte ich dem Bestreben, in Treptow zu sprechen, mich nicht entziehen zu sollen.

Ich habe mich in meiner Rede mit aller Bestimmtheit und Klarheit für die Landesverteidigung eingesetzt und die Arbeiter auf ihre Pflicht hingewiesen, der Front beizustehen zu liefern. Daß ich damit auf lebhaften Widerspruch stoßen würde, war mir von vornherein nicht zweifelhaft, denn ich war unterrichtet über die von radikaler Seite mit anonymen Flugblättern und anderen Mitteln unter den Arbeitern getriebene Agitation gegen die Stellung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung. Gleichwohl bin ich in der Versammlung entschlossen für die Landesverteidigung eingetreten.

Es ist nach meiner Erinnerung vollständig unmöglich, daß ich in meiner Rede zum Ausbrechen im Streik aufgefordert hätte.

Eine solche Aufforderung lag gänzlich außerhalb meiner vorher gekennzeichneten Absichten und meiner ganzen Einstellung. Ich hätte mich mit ihr nicht nur in Widerspruch gesetzt, sondern so oft betonten Ueberzeugung, sondern auch zu der einmütigen Stellungnahme der Parteileitung und der Leitung der Gewerkschaften, auf deren Vertrauen meine politische Stellung und Tätigkeit in der Hauptsache beruhen. Es wäre auch sinnlos gewesen, die Frage der Fortsetzung des Streiks oder der Wiederaufnahme der Arbeit vor dieser Versammlung aufzuwerfen, denn jeder Arbeiter mußte, daß zur Entscheidung für die Wiederaufnahme der Arbeit nur die eigene zu diesem Zweck von den Arbeitern der einzelnen Betriebe angeordnete Delegiertenversammlung berufen und bevollmächtigt war. Aus demselben Grunde konnte ich allerdings auch nicht gerade zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern. Das letztere wäre auch bei der unter den Arbeitern herrschenden Stimmung ausföhrlos gewesen. Ich bin überzeugt, daß das Gericht, wenn es sich in die damalige Lage und erregte Stimmung der Arbeiter hineinsetzt, verstehen wird, daß eine solche Aufforderung zwecklos war.

Selbstverständlich kann ich mich heute nach sieben Jahren nicht mehr an alle Einzelheiten meiner improvisierten Rede erinnern. Es ist nach meiner Erinnerung ausgeschlossen, daß ich gesagt hätte, die Forderungen der Streikenden seien gerecht. Denn ich war mit meinen Parteifreunden tatsächlich Gegner mehrerer politischer Forderungen, die von der Delegiertenversammlung der Streikenden vor unserer Einwirkung aufgestellt waren.

Am Schluß meiner etwa 10 Minuten dauernden Rede habe ich im Hinblick auf die Treibereien von radikaler Seite die Streikenden zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt, und zwar etwa mit den Worten:

„Verhaltet euch ruhig, bewahrt Besonnenheit, wie es die Arbeiter in anderen Städten getan haben, laßt euch nicht provozieren.“

Wenn der Zeuge Lehnhoff etwas anderes gehört haben will, so muß er sich irren. Nach seinen eigenen Angaben hat er etwa 30 Meter von mir gestanden. Erfahrungsgemäß ist es in Versammlungen unter freiem Himmel kaum möglich, auf solche Entfernung dem Wortlaut einer Rede genau zu folgen. Dies gilt für die erregte und unruhige Versammlung in Treptow in erhöhtem Maße. Im übrigen darf man, wenn man meine Rede objektiv würdigen will, nicht einzelne Worte, an die ein Zeuge sich nach sieben Jahren entgegen den Aussagen anderer Zeugen zu erinnern glaubt, aus dem Zusammenhang reißen und der Beurteilung zugrunde legen, sondern man muß die Rede im Zusammenhang und als Ganzes werten. Das Entscheidende ist doch, daß ich damals verhielt mich nicht, daß die streikenden Arbeiter durch den Verlauf des Streiks in bewußtem Gegensatz zur Landesverteidigung gebracht würden. Daß ich mit meiner Rede nur diesen Zweck verfolgt habe, kann aber nicht zweifelhaft sein. Die Rede ist auch von überwachenden Polizeibeamten offenbar nicht anders aufgefaßt worden, sonst wäre damals gegen mich eingeschritten worden.

An Beifallsstundgebungen kann ich mich nicht erinnern. Selbstverständlich waren in der Versammlung auch viele sozialdemokratische Arbeiter, die meinen Ausführungen, namentlich, soweit sie die Landesverteidigung betrafen, zustimmten. Wenn Beifall spendet wurde, so kam er also von dieser Seite wie andererseits der Widerspruch aus dem Munde der radikalen Arbeiter kam. Es ist ja durchaus nichts Ungewöhnliches, daß ein Redner in derselben Versammlung Widerspruch und Beifall erhält. Auf eine Änderung seiner Grundanschauung kann daraus unmöglich geschlossen werden.

Was das am Mittwoch, den 30. Januar 1918, beschlossene und herausgegebene Flugblatt anlangt, so habe ich bereits in der ersten Instanz ausgelegt, daß ich mich seiner nicht erinnere.

Nach Aussage des Zeugen Richard Müller soll die Sitzung, in der es beschlossen wurde, am 30. Januar 1918 abends in einer Küche in Treptow abgehalten worden sein. Nach sorgfältiger Prüfung meines Gedächtnisses erkläre ich heute, daß ich überzeugt bin, an dieser Sitzung überhaupt nicht teilgenommen zu haben. Am 30. Januar abends fand eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit dem Parteausschuß statt. In der Regel ging diesen gemeinsamen Konferenzen eine besondere Sitzung des Parteivorstandes vorher, in der dessen Stellung zu den mit dem Parteausschuß zu beratenden Angelegenheiten festgelegt wurde. So ist nach meiner Erinnerung auch am Nachmittag des 30. Januar verfahren worden. Diese Sitzungen sind stets von mir vorbereitet und geleitet worden. Bestimmt erinnere ich mich, daß die gemeinsame Konferenz des Parteivorstandes mit dem Parteausschuß von mir geleitet wurde, und daß ich dort einen ausführlichen mündlichen Bericht über die politische Lage gegeben habe.

Diese Sitzung begann gegen 7 Uhr abends und endete gegen 11 Uhr. Ich habe bis zum Schluß an ihr teilgenommen, kann also unmöglich zur gleichen Zeit in jener Treptower Küche gewesen sein, in der das Flugblatt beschlossen wurde.

Zu meiner Rede im Reichshausauschuss am 22. Januar betone ich, daß ich mich nicht, wie das Urteil annimmt, zu dem Wortlaut des Protokolls bekennt habe. Ich habe im Gegenteil in meiner Vernehmung vom 24. November 1924 ausdrücklich gesagt, daß ich mich auf den Wortlaut in keiner Weise bekenne kann. Diese Protokolle sind, wie übrigens auch der Zeuge Alexander bekundet hat, nicht wörtlich stenographiert, sondern nur ungefähre stammesmäßige Aufzeichnungen der Reden, die auch nicht veröffentlicht werden. Es ist ferner, daß die Abgeordneten, falls sie diese Aufzeichnungen überhaupt durchsehen, sich auf ganz notwendige Korrekturen beschränken. Ich muß also die Verantwortung für den Wortlaut des Protokolls meiner Rede vom 22. Januar abgeben. Es kann nicht als wirkliche Wiedergabe meiner Rede angesehen werden. In dieser habe ich mich stammesmäßig dahin ausgesprochen, daß auch die deutsche Arbeiterschaft einen baldigen Frieden unter Verzicht von Annexionen wünschte und infolgedessen dem Protest der österreichischen Arbeiter gegen die Annexionspolitik zustimmte. Wenn ich mich, was möglich ist, scharf ausgedrückt habe, so ist dies zu erklären durch die schwere Lage, die mich damals angesichts der verweilenden Ernährungslage und der annexionistischen Bestrebungen erfüllte. Da die Sitzung

streng vertraulich war, konnten ungünstige Folgen für die Öffentlichkeit nicht erwahnen.

R.-A. Dr. Cuetgebrune: Herr Ministerialrat Dr. Döhle, Sie sagten, daß der Entwurf der Ausgabe des Herrn Reichspräsidenten von den vier genannten Herren mitgearbeitet worden ist. Ist der Entwurf vom Reichspräsidenten unterschrieben?

Dr. Döhle: Nein, unterschrieben ist er nicht.

R.-A. Dr. Cuetgebrune: Haben Sie den Entwurf kenntlich gemacht, als von Ihnen oder den Vertretern des Herrn Reichspräsidenten bearbeitet?

Dr. Döhle: Nein, das ist nicht geschehen. Das ist auch bei den früheren ebenso entstandenen Ausgaben nicht geschehen.

Generalstaatsanwalt Storch bittet, den dem Entwurf beigelegten Zeitungsartikel über die Rede Eberts auch zu berufen, die Ebert in der Vorwärts-Gesellschaft „Lebe“ gehalten habe. Der Artikel wird daraufhin berufen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Dohmann: Lag es in der Absicht des Herrn Reichspräsidenten, den Entwurf in der Fassung, die Sie eben berufen wurde, dem Gericht einzureichen und die darin enthaltene Darstellung durch seinen Eid zu bekräftigen?

#### Ein Verfahren gegen den „Vorwärts“.

##### Die Veröffentlichung des Reichswehrgutachtens.

Vor dem Amtsgericht Mitte hatten sich heute Mittag die verantwortlichen Redakteure Dr. Wisch von der „Vossischen Zeitung“ und Reuter vom „Vorwärts“ wegen Vergehens gegen § 17 des Preßgesetzes zu verantworten, weil sie ein amtliches Schriftstück eines Prozedurverfahrens veröffentlicht hatten, bevor es in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben, oder das Verfahren sein Ende gefunden hatte. Es handelte sich um das Gutachten, daß das Reichswehrministerium in dem Landesverratsverfahren gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner erstattet hatte, das zunächst von der „Vossischen Zeitung“ und dann vom „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Redakteur Dr. Wisch erklärte zur Sache, daß er mit der Veröffentlichung dieses Gutachtens nichts weiter getan habe, als ein Stück der Verhandlung eines deutschen Parlaments, nämlich der Sitzung im sächsischen Landtag vom 22. Mai vorigen Jahres, wiedergegeben zu haben. Damals wurde von dem Führer der Arbeiterpartei, Zeigner, eine Entschuldigung gehalten. Beim Justizrat kam er auch auf den Zeigner-Prozess zu sprechen und das gegen diesen eingeleitete sogenannte Hochverratsverfahren. Hierbei verlas er auch einen Teil des Gutachtens, das in dieser Sache das Reichswehrministerium erstattet hatte. Redakteur Reuter erklärte sich für berechtigt, den Artikel nachzudrucken. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß es sich um einen formalen Verstoß gegen § 17 des Preßgesetzes handele. Er könne sich nur freuen, ob § 12 des Preßgesetzes zugunsten der Angeklagten Platz greife. Dazu fänden die Vorschriften zu § 17 keine Anwendung, wenn es sich um eine Berichterstattung oder Mitteilung von Druckschriften handle, die von einer Landesvertretung gemacht worden sind. Aus der Art des Artikels sei nicht zu entnehmen, daß es sich um einen Sitzungsbericht handle. Es sei weder das Parlament noch der Redner gemeint. Da es sich um große Zeitungen handle, die besonders auf die Einhaltung der Vorschriften bedacht sein müßten, beantrage er eine höhere Geldstrafe, und zwar gegen Dr. Wisch 200 M. und gegen Reuter 100 M.

R.-A. Dr. End vertrat die Ansicht, daß nicht § 12 des Preßgesetzes, sondern § 12 des Strafgesetzes Platz zu greifen habe, wovon der wahrheitsgetreue Bericht eines Parlaments von jeder Verantwortung befreie. Ameltes handle es sich um einen wahrheitsgetreuen Bericht. R.-A. Heine wendete sich gegen die Art, wie Landesverratsprozesse auf Grund von Hinweisen auf illegale Organisationen eingeleitet werden. Er sei Reuter sei ein derartiges Verfahren wegen einer Kritik illegaler Zustände im Gange gewesen und er habe sich daher zur Abwehr entschlossen, den Artikel zu übernehmen. Die Kritik habe auch Erfolg gehabt, denn Reuter sei außer Verfolg gesetzt worden. Das Gericht kam zu der Entscheidung, daß es sich um die Veröffentlichung eines Teiles eines Gutachtens aus einem in wachsenden Verfahren handle, und daß weder § 12 des Preßgesetzes noch § 12 des Strafgesetzes in Frage komme. Beide Angeklagten wurden zu je 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Amüßlich wird gemeldet: „Daily Mail“ veröffentlicht ein Telegramm ihres Berliner Berichterstatters, wonach in Deutschland 12.000 Hochverratsprozesse zurückgestellt seien, weil man befürchte, daß sie auf militärische Vorbereitungen, die im Gange wären, Licht werfen könnten. Diese Tendenzmeldung der „Daily Mail“ entbehrt jeglicher Grundlage.

#### „Afrika huldigt dem deutschen Kaiser.“

Vor einiger Zeit brachte eine bekannte rechtsstehende Berliner Zeitung in ihrer Unterhaltungsbeilage eine kleine Geschichte, die sehr auffällig ist für die Gedankenwelt unserer Monarchisten.

Die Afrikaner auf dem Hofball. Eine Erinnerung aus Deutschlands erster Kolonialzeit. Von Oberleutnant Zacharia. So lautet der Titel der Geschichte. Der Verfasser schildert hier, wie sein junges Leutnantsbrot dubberte, als er vom Hofmarschallamt „auf Allerhöchsten Befehl Ihrer Kaiserlichen und Königlich Majestäten“ zum Ball und Souper im königlichen Schloß eingeladen wurde. Wie dann hier ein wahrhaft sinnbetreffendes glanzvolles und schimmerndes Bogen und Treiben die weiten Festräume des alten Kaiserpalastes durchflutete. Mit etwas Reich beschrieb er das „schimmernde Meer von Brillanten und Ordenssternen und den Prunk exotischer Galauniformen“. Wie dann im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller Teilnehmer zwei Araber stehen, „zwei Kerle im Beistehen“.

Durch zwei Schläge knüßelt sich der Hof an. Voran marschieren der Oberhofmarschall Graf Verponcher, dann kommt der alte Wächler, ganz in roter Galouniform und mit Stahlhelm. Hinter ihm der Kronprinz, „der schönste Mann in Deutschland“ usw. Da werden die beiden Araber durch ihren deutschen Führer zum Kaiser geführt. Der Führer bittet, „Seiner Majestät dero neuesten Unterthanen vorstellen zu dürfen“. Die Araber fallen dann in die Knie und schlagen dreimal ihre Stirnen auf die Dielen usw. Der Verfasser nennt das ein Bild von wahrhaft weltumfassender Symbolik. „Afrika huldigt dem deutschen Kaiser.“

Ran muß es ihm lassen, der junge Leutnant hatte eine blühende Phantasie. Also weil zwei Araber zum deutschen Kaiser kommen und vor ihm knien, huldigt Afrika dem deutschen Kaiser.

Ob der Herr Zacharia schon davon gehört hat, daß viele Europäerinnen es sich zur Ehre anrechneten, wenn sie mit dem Sultan zusammen schlafen durften? Ob er dann auch gedacht hat: Europa als Beischläferin des Sultans?

Wohlgemerkt Herr Zacharia nicht, daß es schon zu allen Zeiten und in allen Ländern Leute gegeben hat, die einem fremden Herrscher huldigten? Ran stelle sich vor: Afrika huldigt dem deutschen Kaiser. Europa ist eine Beischläferin des Sultans. Amerika fällt vor Japan in die Knie usw. Sollen werden in allen Ländern die Nationalisten so schreiben und denken, wie hier der ehemalige Leutnant es tat. Phantasie und Traum der Imperialisten und Weltläufer.

Schade, daß wir keinen Kaiser mehr haben, nicht wahr, Herr Zacharia?

Woch Monatsblatt. Die in der gesamten Presse verbreitete Nachricht vom Tode des Komponisten Moszkowski beruht auf einer Verwechslung. Ein anderer, in der Pariser Gesellschaft bekannter Moszkowski ist gestorben.

#### „Die Kameliendame“.

##### Alle Kamellen im Deutschen Theater.

Kamrad, ein junger Mann aus den besseren Kreisen, verübt sich irreparabel in die „Kameliendame“, ehemalige Räherin und erfolgreiche Kottette. Sie liebt ihn auch, und zwar mit der wahren, aus der Seele quellenden Liebe. Ihren lebenswerten Beschluß, nunmehr ein anständiges Mädchen zu werden, durchkreuzt aber Unachtsamer Vater, indem er von ihr mit Rücksicht auf den bis dato unangestrichelten Ruf seiner hochachtbaren Familie Entlassung verlangt. Sie bringt das Opfer, woraus sich wieder mal ergibt, daß eine Dirne über viel mehr Ecktum verfügt als die angehenden Vertreter der erwähnten besseren Kreise. Das Schauspiel verläuft also keineswegs durch Reue des Vorwurfs. Das ist auch nicht verwunderlich, da es der Verfasser Dum a vor vielen Jahrzehnten geschrieben und dadurch eine stattliche Anzahl seiner Kollegen veranlaßt hat, denselben Stoff zu behandeln. Originell ist einzig und allein der Einfall, in Berlin heute die „Kameliendame“ auf den Spielplan zu setzen, ein Stück, das man mit gutem Gewissen als rückfälligen Kitzel kennzeichnen darf. Herr Theodor Lager hat sich sogar die Mühe gemacht, mit seiner „Bearbeitung“ eine Entlastung des Schauspiels zu versuchen. Diese heroische Tat, die auf Kosten des einzigen Wertes des Dramas, der Spannung, geht, gelingt natürlich nicht. Kitzel bleibt Kitzel.

Ein festes, gottgegebenes Talent, die Elisabeth Bergner, bestimt die Rolle der Kameliendame aufzuhalten. Ihre zerbrechliche Stimme, die scheinbare Unwillkürlichkeit ihrer Gesten, ihre überraschende Impulsivität, ihre mädchenhafte Naivität — all das, was sie am Kunststimm als neuen Stern glänzen ließ, leiht sie dieser knalligen Rolle. Man hatte gehofft, diese Künstlerin stände abseits von der Kanier der Effektivität. Hier ordnet sich alles ihrer Sucht unter, Wirkung um jeden Preis zu erzielen. Stellenweise war auch gestern der bezwingende Wahn zu spüren, der von ihr ausgeht. Aber er reicht nicht aus, die Dede des Abends zu überbieten. Ernst Degner.

Grabbes „Napoleon oder die hundert Tage“, das düstere Gemälde jenes unglücklichen Genies der Biedermeierzeit, das aus dem Erleben seiner Tage mit lähnem Pinzel des Korfen Schicksalswege — und Untergang zeichnete, wird jetzt in der Neuauflage des Lehrers, teilweise neubeseht, im staatlichen Schiller-Theater gespielt. Ton und Bild vereinen sich hier zu einem Eindruck von zwingender Gewalt. Das Bild des ruhelosen Gewaltmenschen, der aus dem fernen Europa sein Kaiserreich gigantisch zimmern wollte, hat, wie im Grabes sieht, nichts Menschliches mehr. Das Schicksal dieses Mannes und der Zeit, der er sein Siegel prägte, rollt sich ab (auch bildlich) auf dem Hintergrund von Sturm und Blut, Kanonendonner und Schwertedrahn, Pausengedrahn und hoffnungslosem Sterben. Der neue Napoleon Fritz Falks bildet als übermenschlches Wesen, von dem das Erschauern ausgeht. Die Hortense Margarethe Schöns ein zartes Aufsteigen aus einer freundlichen Welt. Der Ludwig XVIII. Albert Floraths, das ohnmächtige Versehen und angstvolle Verfrischen vor einer übermächtigen Gewalt. Der Blücher Max Bahls und der Wellington Albert Patys, die kleineren Gegenspieler Bonapartes, die den Endflieg behalten, nicht weil sie härter sind, sondern weil der andere

von den Fängen des Schicksals gelähmt wird. Das Ganze packend und stark, zieht in rascher Folge vorüber, benimmt den Atem — ohne an das Herz zu greifen.

Ein Anti-Nikotinschutz. Die „Anti-Zigarette League“ in den Vereinigten Staaten hat beschlossen, eine Kampagne im ganzen Lande zu veranstalten, um Amerika von „Cody Nicotins“ zu befreien. Unter dem Vorsitz des Ministers J. H. Burnett wird in Washington eine große Konvention abgehalten werden, die den Beginn der Kampagne bedeuten soll. Obwohl der Bund hauptsächlich gegen das Zigarettenrauchen Stellung nimmt, wird auch jede andere Form des Rauchens bekämpft werden. Dr. Harvey Willes, ein bekannter Chemiker, wird mit der Leitung des Antinikotinschutzes betraut werden. Als Kampfbund ist ein Betrag von einer Million Dollar vorgezogen, der bereits fast in dieser Höhe gesammelt ist. Nach der Konvention wird das Hauptquartier in Washington aufgeschlagen werden. In alle Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses wird das Verlangen gestellt werden, zu erklären, welchen Standpunkt sie im Rauchproblem einnehmen. Die Vertreter des Bundes in den verschiedenen Teilen des Landes werden den Auftrag erhalten, die Kongressmitglieder ihres Distrikts aufzufordern, sich gegen die Wünsche der Tabakinteressenten zur Wehr zu setzen. Man ist bereits eifrig dabei, Literatur bereit zu stellen, die über die ganze Union verstreut werden soll. Es ist auch ein Preis für ein Plakat ausgeschrieben worden, das die „bösen Folgen des Genusses von Rauchgitt“ zeigen soll.

Die Hitze des Wüstenlandes als Kraftstation. Prof. W. H. Parker wies in einer öffentlichen Vorlesung in London auf die Zukunftsentwicklung des tropischen Afrika hin. Er erwähnte u. a., daß das Problem der Verwendung der Wüstenhitze für elektrische Kraft jetzt der Lösung nahe sei, und daß in naher Zukunft in der Sahara die größte Kraftstation der Erde entstehen werde. Aus dem französischen Sudan werde ein zweites Argentinien sich entwickeln, während England die Goldflüsse zu dem größten faktoproduzierenden Land mache.

Oper am Königsplatz. Am 16. wird in der Oper am Königsplatz nicht wie ursprünglich vorgesehen „Madame Butterfly“ sondern „Nono Nino“ gegeben.

Die neue Wohnung als Schöpfung der Frau. Der erste der beiden Bildhauerarbeiten, die Bruno Taut auf Einladung der Reichshausamts E. S. über dieses Thema im Hinblick des Kunigemeinschafts, Prinz Albert, Str. 76, hält, findet am kommenden Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, statt. Karten zum Preise von 60 Pfg. in beschränkter Zahl am Saaleingang.

Arti Dräger und Bruno Schönfeld leiten im 5. Auditorium der Volksbühne E. B. am Rontag, den 16., abends 8 Uhr, im Bürgerlocal des Rathauses. Eintrittskarten 0,50 M.

Der Verband Deutscher Künstler veranstaltet am 15., abends 7 1/2 Uhr, einen Vortragsabend im Vortragsaal des Reichshausamts Georg Engel Hof aus eigenen Werken. Die einflussreichen Worte spricht Adolf Bachmann. Karten bei Berthelm, Bote & Bock, Kaufhaus des Westens, an der Abendkasse Portal V.

Eine Potsdamer Leibgarde für Coolidge. Der Chef des militärischen Kommandos des Reiches, Kaiser, Major Oscar R. Robert, hat beschlossen, nach dem Vorbild der Potsdamer Leibgarde Friedrich Wilhelm I. in des Polizeiführers des Weissen Hauses nur „Jungens“ auszuwählen, die wenigstens ihre 6 Fuß hoch sind.

## Die notleidende Schwerindustrie.

Für wen das Volk arbeitet und Steuern zahlt.

Die Schwerindustrie des Ruhrgebietes finanziert die politische Reaktion in Deutschland. Sie hat Geld genug dazu. Auf Kosten des Reichs hat sie in der Inflationszeit ihren Reichtum gewaltig vermehrt. Die Mittel dazu erhielt sie durch Papierkredite, durch die sogenannten Lohnsicherungen und Erfah für unproduktiven Materialaufwand. Der unproduktive Materialaufwand, für den sie viele Millionen erhalten hat, bestand im Ausbau ihrer Betriebe. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine kurze Zusammenfassung über die Vermehrung des Reichtums der Schwerindustrie. Sie lautet:

Der Thyssen-Konzern baute verschiedene Walzenstrahen, eine Bergbauanstalt, eine Glaschmelzerei, eine Gaszufuhrleitung in einer Länge von über dreißig Kilometern und nahm eine Erweiterung der Gasanlage und den Neubau von zwei Direktorenvillen vor. Obendrein wurden noch mehrere Häuser angekauft.

Die Firma Krupp rief in Kamen die alte Stahlformerei ab und ersetzte sie durch eine zeitgemäßere. Öfen und Kamine, die dem Erweiterungsbau im Wege standen, wurden entfernt. Plätze wurden planiert. Bahnanlagen wurden umgelegt und neue Rampen gebaut, ganz abgesehen von umfangreichen Reparaturen in den Schmelzereien und Bearbeitungsabteilungen.

Die Vereinigten Preß- und Hammerwerke Dahlhausen bauten ihren dankverlorenen Betrieb im Hammerwerk vollständig auf, reparierten die Hämmer, legten Fußböden, erhöhten die Dächer, tauchten sie aus, stellten die Öfen um und schufen unter anderem einen modernen Maschinenraum, in den Motoren gesetzt wurden, die vorher im offenen Betrieb standen und der ständigen Verschmutzung ausgesetzt waren.

Das Gußstahlwerk Witten nahm grundlegende Reparaturen in seinem Walzwerk vor, verlängerte die Walzenstrecken, entfernte die Wärmedöfen, die ihnen etwa im Wege standen oder veraltet waren, placierte sie anders, ersetzte sie durch neue, moderne, schiff Kran- und Kanalisationsanlagen und nahm erhebliche Erweiterungsarbeiten vor.

Die Mannesmann-Röhrenwerke, die übrigens mit der Mannesmann-Industrie- und Handelsgesellschaft in keinem Zusammenhang stehen, verlängerten ebenfalls die Walzenstrecken und nahmen größere Umbauten der Wärmedöfen vor.

Henschel u. Sohn bauten große Bahnanlagen, gestalteten die Martin- und Stahlgießereien um und modernisierten die Hochöfenanlagen.

Die Rombacher Hütte verlegte sich, neben einem Kanalisationsanlagenbau, auf den Bau von Martinöfen und Krananlagen.

Die Zeche Zollern I., die zur Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft gehört, baute fast die ganze Schachtanlage auf: Hängelehn nebst modernem Zubehör, Wäschhaus, Magazin und eine große Umfassungsmauer um den ganzen Betrieb.

Es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn angesichts dieser Art von unproduktivem Materialaufwand der Goldwert der für diesen Zweck gegebenen Gelder, berechnet auf den Tag der Auszahlung, als Förderung des Reichs an die Schwerindustrie verrechnet würde.

Statt dessen hat die Schwerindustrie 700 Millionen Mark Entschädigungsgelder noch obendrein erhalten. Das deutsche Volk arbeitet eben nur für die Schwerindustrie.

## Die Untersuchung des Ruhrskandals im Reichstag.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für Prüfung der Ruhrentschädigungen beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Arbeitsplan. Zum Berichterstatter wurde bestimmt Dr. Berthold (Str.), zum Minderheitsreferent noch längerer Debatte Dr. Herz (Soz.). Als Ausgangspunkt der Untersuchung soll die Deutscher Reichsregierung dienen. Die beiden Berichterstatter wurden beauftragt, mit möglicher Beschleunigung einen positiven Vorschlag für die Arbeitsweise des Ausschusses vorzulegen, dessen Erweiterung je nach dem Verlauf der Untersuchung ausdrücklich vorbehalten wurde.

## Die Versorgung der Kriegsoffer.

Eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz angefügt.

Die Regierung hatte dem Reichstagsausschuß für Kriegsofferfragen schon vor einigen Wochen einen Ueberblick über den derzeitigen Stand der Rentenversorgung gegeben. Dabei hatte sie sich bemüht, die Versorgung der Kriegsoffer möglichst glanzvoll erscheinen zu lassen. Als besondere Errungenschaft rühmte sie die Einfügung der Bezüge der Kriegsoffer in die Beamtenbesoldung und die Einführung des Bedürfnisprinzips bei der Bemessung der Renten. Sie hob ferner rühmend hervor, daß die Renten seit der Einführung der Geldrenten im Dezember 1923 um 72,5 Proz. gesteigert worden seien. Bei der allgemeinen Aussprache über diese Darstellung und die dem Ausschuß überwiesenen Anträge, die am Dienstag stattfand, unterzog der Abg. Rohmann (Soz.) die Rentenpolitik, die die Regierung während der letzten Jahre getrieben hat, einer eingehenden Kritik. Es komme nicht darauf an, in welchem Verhältnis die Volkrenten der Beschädigten zu dieser oder jener Besoldungsgruppe der Beamten liege, sondern welche Bezüge die Kriegsoffer im Vergleich zu den Friedensbezügen heute erhalten. Der sozialdemokratische Redner stellte fest, daß die Regierung 1920 abgefunden habe 260 000 Kriegsbeschädigte mit einer Erwerbsbeschränkung um 10 Proz. Damit habe sie eine Dauereinkaufung des Haushalts um 61 Millionen Mark jährlich erreicht. Im Jahre 1923 habe die Regierung 553 400 Kriegsbeschädigte mit einer Erwerbsbeschränkung von 20 Proz. abgefunden und damit eine weitere Entlastung des Haushalts um 160 Millionen Mark erzielt. Die Kriegsbeschädigten mit einer Erwerbsbeschränkung von 30 und 40 Proz. bezögen heute nur noch etwa 25 Proz. ihrer früheren Bezüge. An ihnen — es handelt sich um 409 180 Beschädigte von insgesamt noch 721 600 Rentenerberechtigten — habe die Regierung weitere 80 Millionen Mark gespart. 200 000 Witwen seien im Laufe der Jahre infolge Wiederverheiratung aus der Versorgung ausgeschlossen. Ersparnis: 100 Millionen Mark pro Jahr. Am rund 400 Millionen Mark habe somit die Reichsregierung die Reichskasse durch ihre Rentenpolitik zum Nachteil der Kriegsoffer entlastet. Wirkliche Mehrleistungen in Gestalt von Zuschüssen, die in Anwendung des Bedürfnisprinzips gewährt wurden, ständen bestenfalls in Höhe von 200 Millionen Mark gegenüber. Angesichts solcher Feststellungen behorre die Sozialdemokratie unter allen Umständen auf einer weitgehendsten allgemeinen Erhöhung der Renten, einer bestmöglichen Lösung der Aufwertungsfrage für die während der Inflationszeit ausgezahlten Abfindungen, auf einer grundsätzlichen Wenderung der Elternrente, der Befreiung aller Verschlechterungen des Versorgungswesens während der Ermüchtigungsgesetzgebung, weitestgehender Erfüllung der Wünsche der Blinden und der Schwerbeschädigten. Die sozialdemokratische Redner

forderte zum Schluß die alsbaldige Vorlage einer Novelle zum Reichsversorgungsgesetz.

## Deutschnationaler Agitationsbetrug.

Abg. Budjuhn (Dnat.) befaß sich in einer scharfen Verlegenheit. Seine Partei hatte in der Antragstellung allen anderen Parteien, sogar den Kommunisten, den Rang abgelaufen. Jetzt erklärte Herr Budjuhn, man müsse sich „nach der Decke strecken“, die Anträge seiner Partei seien zu einer Zeit gestellt worden, als von einer Beteiligung der Deutschnationalen an einer Regierungskoalition noch keine Rede gewesen sei! Es sei doch das Wesen des Parlamentarismus (!), daß man in der Opposition solche Anträge stelle! Trotzdem halte er an den Grundzügen der deutschnationalen Anträge fest. Dagegen seien ihm Bedenken gekommen, jetzt schon eine Vorlage zu fordern. Die für die Offiziere eingefügten Verschlechterungen müßten in erster Linie wieder gutgemacht werden.

Abg. Thiel (D. Sp.) trat namentlich für das Recht auf Heilbehandlung der Hinterbliebenen ein und bat, den Gedanken einer Besserstellung der älteren Kriegsbeschädigten zu erwägen.

Abg. Ziegler (Dem.) rief, sich auf eine baldige Durchführung der geschätzten Verbesserungen zu konzentrieren.

Abg. Gerig (S.) legte Nachdruck auf Verabschiedung einer Novelle noch in diesem Jahre, weil das Londoner Abkommen eine spätere Verabschiedung erschwere.

Abg. Weber (Komm.) stimmte den Ausführungen des sozialdemokratischen Vertreters zu.

Der Regierungsvorleser erkannte die Berechnungen des sozialdemokratischen Vertreters als im allgemeinen zutreffend an. Die Angriffe auf die Rentenpolitik der Regierung erklärte er trotzdem für unberechtigt. Die Regierung habe sich von Anfang an in der Richtung bewegt, den Schwerbeschädigten und den Hinterbliebenen zu helfen, die leichteren Fälle aber der Selbsthilfe zu überlassen. Dieses Prinzip habe die Billigung des Reichstages gefunden. Die Regierung jagte ein gewisses Entgegenkommen zu in der Frage der Erhöhung der Grundrente, Verbesserung der Elternrente und Kapitalabfindung. Um endgültige Verhältnisse endlich einmal auf diesem Gebiete zu schaffen, sei die Regierung bereit, dem Reichstag bald eine Novelle vorzulegen. — Es wurde beschlossen, einen Interpellationsantrag zu beantragen, die Wünsche für diese Novelle zusammenzustellen.

## Vollszählung im Juni.

Feststellung der Vermögensverschiebungen und Betriebsänderungen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde die Regierungsvorlage über einen Gesetzentwurf, der eine allgemeine Volks-, Berufs- und Betriebszählung für das Jahr 1925 vorseht, verabschiedet. Die Vorlage der Regierung wurde ohne wesentliche Änderungen angenommen. In der Begründung des Gesetzentwurfes wird mitgeteilt, daß seit dem 1. Dezember 1910 keine allgemeine Volkszählung in Deutschland mehr stattgefunden hätte. Nach dem Vorschlag der Regierung würden insbesondere die Vermögensverschiebungen und Betriebsänderungen statistisch erfasst werden. Angenommen wurde ein Antrag, die Zählung am 16. Juni vorzunehmen und die Kosten den Ländern aufzuerlegen.

## Houghton gegen Walsh.

„Deutschland ist wirklich entwaflnet.“

New York, 11. März. (Hauptstadt WTB.) Wie die Blätter melden, hat der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin Houghton es nachdrücklich für falsch erklärt, daß in Deutschland große Vorräte an Waffen vorhanden seien, wie die Kontrollkommission behauptet. Houghton sagte: Wir erhalten jeden Morgen Meldungen der Art, daß hier oder da einige Wahninnige oder ein paar Rabitate hundert oder mehr Geschosse versteckt hätten, aber ich kann erklären, daß Deutschland wirklich entwaflnet ist. Houghton erklärte weiter, der verstorbenen Reichspräsident Ebert sei einer der größten Deutschen seit Bismarck gewesen, aber er sei überzeugt, daß Deutschland Eberts Richtlinien zu seinem Heile weiter verfolgen werde. Der Dames-Pian wirkte unendlich besser, als es die größten Sanguiniker gehofft hätten. In dem neuen Botschafter Freiherrn von Walgan habe das Deutsche Reich Amerika einen seiner besten Männer gegeben.

## Kontrollbesuch beim Altwarenhändler.

München, 11. März. (Ill.) Gestern kam eine Kontrollkommission, bestehend aus einem italienischen Major und einem französischen Hauptmann, in die Altpapier- und Altschmiedhandlung Joseph Duschl in München, wo gefährliche Gegenstände lagern sollten. Es handelte sich um eine kleinere Raritätenbibliothek, die acht kleine Spiralfedern, vier weitere kleine Federn und einige andere überzählige Erzeugnisse eines Geschäftszweigs im Gesamtgewicht von etwa 6 Pfund enthielt. Ein Arbeiter erhielt den Auftrag, die Stücke mit dem Beil zu zerhacken und die zerhackten Gegenstände ins Bureau der Entente-Kommission zu bringen. Die Erzeugnisse stammten von einem Artillerieregiment, das sie an die zuständige Stelle abgeliefert hatte. Von hier wurden sie für wenige Pfennige an die Altschmiedhandlung verkauft.

## Amerikaner studieren Europas Rüstungen.

New York, 11. März. (CP.) Die Abgeordneten Weston und Oberst Johnson haben sich nach Europa eingeschifft, wo sie eine Untersuchung der Waffen- und Munitionsfabrikation durchführen werden. Nach ihrer Rückkehr werden sie dem Präsidenten Coolidge Bericht erstatten.

## Der deutsch-rumänische Konflikt.

Ein unverbindliches Schiedsgericht.

Bukarest, 11. März. (WTB.) Die rumänische Regierung hat ihren Gesandten in London, Titulescu, und den Botschafter Reichsamtalt Rosenthal zu Delegierten für das Schiedsgericht ernannt, das sich mit dem deutsch-rumänischen Streitfall befassen soll. Die Delegierten haben jedoch die Anwesenheit, an den Schiedsgerichtssitzungen nur als Beobachter teilzunehmen, da die rumänische Regierung nicht den Anschein erwecken will, als verpflichtete sie sich, den Schiedsspruch bedingungslos anzunehmen.

## Ein Erfolg der Arbeiterpartei.

Die Ausweisung Kirkwoods zurückgenommen.

London, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Ausschließung des radikalen Arbeiterabgeordneten Kirkwood aus dem Parlament III am Dienstag durch einen einmaligen Beschluß des Unterhauses auf einen Antrag des Premierministers Baldwin hin wieder aufgehoben worden.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 16. März in Paris wieder aufgenommen. Ein Teil der deutschen Delegation ist bereits dorthin abgereist. Ministerialdirektor Rosse wird zunächst Staatssekretär Trendelenburg vertreten, der sich auf Empfehlung des Arztes in eine Kur begeben muß.

## Gang durch die Natur.

Wenn auch Matthias, 24. Februar — in Süddeutschland heißt: „Matteis bricht Eis — hat er feins, macht er eins“ — einigermassen seinen alten Ruf bestätigt hat, so ist die seitdem eingetretene „Kälteperiode“ doch nicht sehr arg. Die kalten Winde sind das eigentlich Unangenehme und an windgeschützten Stellen war die Luft schon ganz angenehm. Jedenfalls kann man das von geringen Schneefällen begleitete gegenwärtige Wetter als ideal für Wanderer bezeichnen. Dabei wird man die sonderbare Beobachtung machen, daß der so wenig kalte Winter auf die Entwicklung der Natur recht geringen sichtbaren Einfluß gehabt hat. Gemäß: Sträucher, wie Heber, Magnolien, Spiräen u. a., die sich zum Teil als geeignet für gärtnerisches Treiben erweisen, sind ziemlich weit vorgeschritten; auch die Stadtblaubeersträucher haben schon einen vollen Behang. Aber die großen Klee- und Waldbäume, die Obstbäume zeigen nur wenig mehr Leben als in früheren Wintern, die ja auch nicht ständig in Eis und Schnee starrten. Vor allem charakteristisch ist aber das Aussehen der Saat. Bei der jetzt üblichen frühen Herbstsaat entwickelt sich schon im Oktober—November die grüne Flur und man sollte meinen, daß sie jetzt ein besonders augenfälliges Wachstum darbieten müßte. Über davon ist nicht die Rede; sie sieht wie üblich aus. Hoffentlich gibt es keinen starken Rückschlag mehr. — Auch die Gartenpflanzen zeigen kein intensives Wachstum; die roten Spitzen der Pflanzchen stecken noch im Boden. Und den Spargel-ernten sind wir genau so weit entfernt wie in kalteren Jahren. Daß es natürlich Ausnahmen gibt, Stellen, die sehr geschützt liegen und von der Sonne gut beschienen werden, ist begreiflich, aber die weit verbreitete Anschauung, daß die Natur um so und so viele Monate „voraus sein müsse“, ist nicht richtig. Wenn man trotzdem durch das mildere Wetter sich besonders freudig gestimmt zeigt, so trägt dazu die Tatsache bei, daß der Kohlenverbrauch ein wesentlich geringerer gewesen ist. Die Kohlenhändler jammern und die an den Flußläufen und Seen mahnenden Bierwirte tun das gleiche; sie, die sonst in der stillen Zeit ihr Eis ziemlich kostlos hreinhalten, müssen diesmal in den Beutel greifen, um norwegisches Eis oder Kunsteis anzuschaffen. — Der erste warme Regen wird sicherlich in der Natur Wunder wirken, aber bis er sich einstellt, ist es doch noch verfrüht, vom Frühling zu sprechen.

## Eine Chetragödie in Rahnsdorf.

Mord und Selbstmord.

In dem östlich von Friedrichshagen gelegenen Rahnsdorf hat sich in dem Hause Mühlenweg 5 soeben eine Chetragödie zugegetragen. Ein Ehemann namens Karl Mattig hat erst seine Frau ermordet und dann sich selber erhängt. Ueber den Vorfall wird folgendes mitgeteilt:

Der 57 Jahre alte Arbeiter Karl Mattig bewohnte mit seiner 26 Jahre jüngeren Ehefrau im Hause Mühlenweg 5 in Rahnsdorf eine Mietwohnung aus Stube und Küche. Das Paar lebte schon länger in Unfrieden, weil die Frau in dem Rufe stand, etwas leichtsinnig zu sein. Dem viel älteren Ehemanne blieb nicht verborgen, daß man oft nicht günstig über sie sprach. Als das Paar am Dienstag um 5 Uhr früh aufstand, hörte man im Hause wieder einen heftigen Streit. Dann blieb es still. Mattig verließ zeitig das Haus, ging aber nicht zur Arbeit. Einem Mißbewohner gegenüber, dem er traf, äußerte er Selbstmordgedanken, ebenso zu einem Freunde, der er hiernach aussuchte. Beiden fiel auf, daß er trotz der frühen Morgenstunde schon reichlich Alkohol genossen hatte und unvorsichtliche Reden führte. Nachdem er den Freund verlassen hatte, um wieder nach Hause zu gehen, hörte und sah man den ganzen Tag über von ihm und seiner Frau nichts mehr. Abends fiel das sündlich auf. Der Mißbewohner und ein anderer Hausgenosse klopfen jetzt an, erblicken aber keinen Einlaß. Sie benachrichtigten die Polizei, und diese fand nun beide Eheleute tot auf. Frau Mattig lag in der Küche auf dem Fußboden, er selbst hing in einer Bodenkommer in einer Schlinge an einer Leiter.

## Friedensburg wird Vize-Polizeipräsident.

Halbamtlich wird gemeldet: Wie wir vernehmen, steht die endgültige Uebertragung der Stelle des Polizei-Vizepräsidenten von Berlin an den Landra Dr. Friedensburg, der bisher die kommissarische Leitung des Polizeipräsidenten inne hatte unmittelbar bevor.

## Die gärtnerischen Anlagen in Berlin.

Die Anlagen auf der Mittelpromenade der Kaiser-Friedrich-Straße befinden sich seit etwa fünf Jahren infolge der Nachwirkungen der Inflationszeit, Mangel an Mitteln für Arbeitslöhne und zur Beschaffung von Sträuchern u. m. in einem sehr vernachlässigten Zustande. Nachdem durch die Verständigungsgesetze und Rücksichtlosigkeit des Publikums leider ohne Erfolg wiederholt versucht worden ist, die Anlagen zu erneuern, werden jetzt auf Wunsch aller Fraktionen und auf Grund der zahlreichen Wünsche aus der Bevölkerung, die Anlagen noch einmal durch das Gartenamt instandgesetzt, wobei auch eine größere Anzahl Bäume neu aufgestellt werden soll. Anstelle des Rasens erhalten die seitlichen Anlagenstreifen eine Bepflanzung mit einer Rosenhecke auf den Außenseiten und davor nach der Promenade zwei Reihen eines sehr schönen, dornigen Zierstrauches. Diese Bepflanzung ist gleichzeitig der letzte Versuch. Ob sich die Anlage in der heutigen Gestalt überhaupt halten läßt, hängt in erster Linie von der Einricht der Bevölkerung ab. Diese muß selbst darauf achten, daß die neugeschaffenen Anpflanzungen nicht wieder durch zerstörungslustige Kinder und durch Hunde unter den Augen der Passanten beschädigt werden, ohne daß jemand den Mut findet, einzugreifen. Insbesondere mögen die Hundebesitzer bedenken, daß die Anlage nicht geschaffen wird, damit die Hunde dort ihre Bedürfnisse verrichten. Das Bezirksamt teilt mit, daß es seine besondere Aufmerksamkeit auf die Anlage richten und mit voller Schärfe gegen Personen einschreiten wird, die ihren Bandalismus an den Grünflächen auslassen. Dabei darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Bevölkerung das Bezirksamt bei seinen Bemühungen in jeder Weise unterstützt, und nicht etwa zugunsten des festzustellenden Mißverhaltens gegen die Aufsicht Stellung nimmt, wie dies in letzter Zeit vielfach vorgekommen ist.

Einen Spielmittag für Kinder veranstaltet die gemeinnützige Gesellschaft „Berksraube“ am Freitag, den 18. März, nachmittags 4 Uhr, in ihren Räumen in der Kurfürstentrasse, Ecke Potsdamer Str. 104. Zweck dieser Veranstaltung ist die Wahl des Spielzeugs durch die Kinder, auf daß Eltern, Großeltern, Onkel, Tanten, Paten, Schwäger und andere Spielzeug-Erkennende lernen, was sie als Fürsprecher der Kinder wählen dürfen. Sie alle sind eingeladen und mögen Kinder mitbringen; zu Hause lassen müssen sie alle Ge- und Verbotene weil an diesem Nachmittage alles berührt, gebraucht und sogar heruntergeworfen werden darf.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Sonnabend, den 14. März, 7½ Uhr. Kreis der Königin Elisabethschule. Vorsitzmann: 26. Rumbach. Ritten dazu sind noch beim Obmann des Bildungsausschusses in jeder Abteilung zu haben.  
8. Abt. Tempelhof. Die Funktionäre haben am Donnerstag 8 Uhr.  
9. Abt. Wedding. Donnerstag, den 12. März, 7½ Uhr. In folgenden Kolonnen:  
Bezirksvereine: 1. Bezirk bei Tempelhof, Rathausstr. 2. 2. Bezirk bei Johanna-Banghansstr. 4. Bezirk bei Jodel, Berliner Allee. 5. Bezirk im „Gartenhaus“.

